



Pressemitteilung

18. Juli 2014

Handwerksunternehmen sind mit ihrer Baugenehmigungsbehörde sehr unzufrieden und beklagen Mangel an geeigneten Gewerbegrundstücken

Betriebsinhaber bewerten ihre Kommune und den Betriebsstandort: Unter den vier Kreisen und drei kreisfreien Städten der Region Köln-Bonn schneidet der Oberbergische Kreis am besten ab

600 Handwerksunternehmen in der Region Köln-Bonn haben ihre kommunale Verwaltung bewertet. Laut Umfrage der Handwerkskammer sind die Betriebe vor allem mit den Baugenehmigungsbehörden unzufrieden, 41 Prozent der Unternehmer stufen die Nutzerfreundlichkeit als schlecht ein. Etwas besser schneiden die kommunalen Ämter für Wirtschaftsförderung ab.

Auf dem Fragebogen der Handwerkskammer konnten die Betriebsinhaber auch mitteilen, wie stark ihre Firmenfahrzeuge von Staus betroffen sind, wie gut oder wie schlecht das Angebot an öffentlichen Parkplätzen ist, ob es im Falle einer Betriebserweiterung ausreichend Gewerbeflächen in der Kommune gibt. Zudem wurden die Betriebe dazu befragt, wie stark sie von der Grund- und Gewerbesteuer und von kommunalen Gebühren belastet sind und wie mittelstandsfreundlich kommunale Aufträge vergeben werden.

Aus den Antworten auf diese insgesamt 15 Fragen hat die Handwerkskammer das Standortranking für die Region Köln-Bonn errechnet: Am besten schneidet der Oberbergische Kreis ab, den zweiten Platz nimmt die Stadt Leverkusen ein, den dritten Platz der Rhein-Sieg-Kreis. Im Mittelfeld landet der Rhein-Erft-Kreis, gefolgt vom Rheinisch-Bergischen Kreis. Am wenigsten zufriedenstellend ist die Standortbewertung durch die Kölner und Bonner Handwerksbetriebe. Köln nimmt den letzten Platz im Standortranking des Handwerks ein.

Zu dem guten Umfrageergebnis für den Oberbergischen Kreis erläuterte Dr. Ortwin Weltrich, Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer zu Köln, dass die oberbergischen Kommunen in

Handwerkskammer
zu Köln
Pressestelle
Heumarkt 12
50667 Köln

Telefon:
0221/2022-230
Fax: 20 22-383

E-Mail: gutmann@hwk-koeln.de
Internet: www.hwk-koeln.de



den letzten Jahren erhebliche Anstrengungen unternommen haben, um sich mittelstandsfreundlich aufzustellen. So sind sowohl die Kreisverwaltung als auch die kreisangehörigen Städte und Gemeinden als mittelstandsorientierte Kommunalverwaltung zertifiziert worden. Dieses Zertifikat setzt voraus, dass Baugenehmigungen innerhalb von 40 Arbeitstagen erteilt werden, dass ein „Behördenlotse“ für Gewerbebetriebe zur Verfügung steht, dass die Kommune als Auftraggeber Rechnungen zügig begleicht usw.

Weltrich äußerte die Sorge, dass die dringend erforderliche Sanierung der Rheinbrücken und andere Großbaustellen die Verkehrsengpässe in der Region Köln-Bonn für längere Zeit erheblich verschärfen werden. Das belastet vor allem die Unternehmen in Bonn und in Köln: 51 Prozent der Bonner und 52 Prozent der Kölner Betriebsinhaber teilten mit, dass ihre Mitarbeiter auf dem Weg zum Kunden regelmäßig im Stau stehen. Im Oberbergischen Kreis sind davon nur 25 Prozent der Handwerksunternehmen betroffen. Diese Umfrage fand im April statt – „hätten wir die Betriebe in den letzten vier Wochen zu ihren Stauerfahrungen befragt, wäre das Ergebnis wohl katastrophal ausgefallen“. Die Koordinierung der Baustellen müsse zur Chefsache werden. Weltrich lobte die inzwischen erkennbaren Bemühungen zur Verbesserung des Baustellenmanagements, beispielsweise die von der Bezirksregierung veranstalteten Verkehrskonferenzen sowie die Einsetzung eines Baustellenmanagers bei der Stadt Köln.

Ähnliche Anstrengungen sind erforderlich, damit die Schwerfälligkeit bei der Erteilung von Baugenehmigungen nicht den Aufschwung am Bau abwürgt. Denn 60 Prozent der Kölner Betriebe stufen die Arbeit ihrer Baugenehmigungsbehörde als schlecht ein, diese drastische Kritik äußern im Oberbergischen Kreis 39 Prozent der Betriebe, im Rheinisch-Bergischen Kreis 28 Prozent der Betriebe. Bei der Bewertung des Ordnungsamtes vergeben die Kölner Unternehmen etwas bessere Noten als bei der Bewertung der Bau- und Planungsämter.

Bei dem Kriterium, ob für eine Betriebserweiterung oder Betriebsverlagerung geeignete Grundstücke verfügbar wären, nimmt Köln den letzten Platz ein. Auch die Unternehmen im Rheinisch-Bergischen Kreis bewerten das Angebot an Gewerbeflächen im Kreisgebiet sehr skeptisch. Anders ist die Flächenbilanz im Rhein-Erft-Kreis: 35 Prozent der dort ansässigen Betriebe teilen mit, dass es in ihrer Kommune oder in der Nachbarschaft geeignete Grundstücke gibt, während die Antwort „es gibt kaum Flächen“ nur von neun Prozent der Unternehmer aus dem Rhein-Erft-Kreis angekreuzt wird.



Sowohl im Rhein-Erft- als auch im Rheinisch-Bergischen Kreis ist nach Meinung der Betriebe die Tätigkeit der kommunalen Wirtschaftsförderer verbesserungsbedürftig. Hingegen gibt es in Leverkusen und im Oberbergischen Kreis deutlich mehr Betriebe, die von guten Erfahrungen mit ihrem Amt für kommunale Wirtschaftsförderung sprechen.

Den Wirtschaftsförderer der Stadt Köln hatte der Inhaber eines Heizungs-, Sanitär- und Solartechnikbetriebs, Marc Schmitz, eingeschaltet, weil er einen neuen Betriebsstandort suchte. Seit 1999 ist die Firma Marc Schmitz in Köln-Müngersdorf ansässig und in der Zeit von fünf auf inzwischen gut 50 Mitarbeiter gewachsen. Am jetzigen Standort ist eine weitere Expansion nicht möglich. Zudem hatte die Stadt Köln den Betriebsstandort in der Vitalisstraße vom Mischgebiet in ein Wohngebiet umgewandelt.

Der Kölner Unternehmer interessierte sich daher für die Verlagerung seines Betriebs ins neue Gewerbegebiet Köln-Lövenich. Wegen der Nähe zu den Kunden und der guten Erreichbarkeit des Betriebs für die Mitarbeiter wollte Marc Schmitz im Kölner Westen bleiben. Der von seinem Architekten erstellte Entwurf für ein neues Firmengebäude im Lövenicher Gewerbegebiet fand allerdings nicht die Zustimmung der Kölner Wirtschaftsförderung, die einen repräsentativen Bau wünschte. Marc Schmitz ließ daher ein neues Konzept für das von ihm angestrebte „Plus-Energiehaus“ erstellen, dessen Umsetzung letztlich am Einspruch der Kölner Bauverwaltung scheiterte. Denn nach der mehr als einjährigen Planungsphase, die für den Handwerksunternehmer mit Planungs- und Architektenkosten in fünfstelliger Höhe verbunden war, wurde ihm aufgetragen, bei mehreren städtischen Ämtern mehrere Ausnahme- und Sondergenehmigungen für sein Bauprojekt zu beantragen. Als die Stadt Köln dem Unternehmer dann auch noch mitteilte, dass sich der Kauf des Grundstücks gegenüber dem bei Beginn der Kaufverhandlungen genannten Preis um zehn Euro pro Quadratmeter (bei insgesamt 4.500 Quadratmetern) verteuern werde, nahm Marc Schmitz Abstand von der beabsichtigten Verlagerung des Betriebs. Am jetzigen Standort ist die Beschäftigung zusätzlicher Mitarbeiter nicht möglich, „wir haben unsere Expansionspläne zurückgeschraubt“, zieht Schmitz ein ernüchterndes Fazit.